

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Bern

vernehmlassung@gs-vbs.admin.ch

Liestal, 28. April 2026

Vernehmlassung betreffend Bundesbeschluss über die Finanzierung von Rüstungsausgaben der Armee durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung. Im Grundsatz begrüssen wir die Finanzierung von dringend benötigten Investitionen in die Armee respektive die Verteidigungsfähigkeit mittels eines Fonds. Die sicherheitspolitische Lage in Europa und damit der Schweiz hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Die Schweiz muss daher glaubwürdig verteidigungsfähig sein und sich für möglichst viele unterschiedliche Entwicklungen wappnen.

In einer Finanzierung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer sehen wir jedoch eine faktische Reduktion der Kaufkraft. Vor allem für Bevölkerungsteile mit niedrigeren Einkommen würde die erhöhte Mehrwertsteuer eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen.

Der Vernehmlassungsentwurf sieht vor, dass die befristeten Mehreinnahmen nicht zu einer automatischen Personalaufstockung führen sollen. Zudem sollen die zusätzlichen Stellen, soweit möglich, befristet und an die Dauer der Mehreinnahmen gekoppelt werden. Angesichts des erheblichen Anteils der 3 Milliarden Franken, der für Personalstellen veranschlagt wird, bedarf es dazu aber einer transparenteren Darstellung der konkreten Mittelverwendung. Insbesondere stellt sich auch die Frage, wie mit den zusätzlichen Stellen nach der befristeten Mehrwertsteuererhöhung von zehn Jahren verfahren wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin